



NR 01
Juni 2003



Nach dem Krieg ist vor dem Krieg



Irak-Krieg, Neue Weltordnung & Die Rolle Deutschlands



eine Broschüre des **Initiativ e.V.**
[organisiert im Antifaschistischen Komitee Duisburg]
info@antifakomitee.de | www.antifakomitee.de

Editorial

Der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln - genau das ist es, was uns dazu gebracht hat, diese erste Broschüre nach dem vorläufigen Ende des Irakkrieges zu veröffentlichen. Im Rahmen der Etablierung der neuen Weltordnung unter Führung der USA, nach dem Ende des sogenannten Kalten Krieges, hat Amerikas permanenter Krieg nach 1991 (Irak), 1999 (Jugoslawien) und 2001 (Afghanistan) nun seine Fortsetzung gefunden. Dieser Krieg war eine völkerrechtswidrige Aggression, und mit ihm ist jene Nachkriegsordnung zu Grabe getragen worden, die 1945 auf Basis des relativen internationalen Kräftegleichgewichts zwischen der UdSSR und den USA bestand.

Gleichermaßen ist und wird die Bundeswehr im Rahmen der NATO und der EU zu einer weltweit agierenden Angriffs- und Besatzungsarmee umgebaut. Unter Rot-Grün hat sie am ebenfalls völkerrechtswidrigen, wie gleichermaßen grundgesetzwidrigen Angriffskrieg teilgenommen. Nun schickt sich die BRD an, "vitale deutsche Interessen" am Hindukusch zu "verteidigen" (Struck). "Die Enttabuisierung des Militärischen ist abgeschlossen." (Schröder) Damit wird klar, der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist aktueller denn je.

Wann und gegen wen der nächste Krieg geführt werden wird, ist zu diesem Zeitpunkt noch völlig unklar. Trotzdem: Nach dem Krieg ist vor dem Krieg - aber ohne uns!

In diesem Sinne: die Redaktion.

Juni 2003

Initiativ e.V. - Verein für Demokratie und Kultur von unten

[organisiert im Antifaschistischen Komitee Duisburg]
info@antifakomitee.de | www.antifakomitee.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Initiativ e.V. wieder

Nie wieder Krieg von deutschem Boden <i>Vorstellung einer Kampagne</i>	Seite 3
Kritik der Friedensbewegung und der Linken <i>Stoppt den völkerrechtswidrigen</i> <i>Angriffskrieg gegen den Irak</i>	Seite 5
Die weltweite Vorherrschaft der USA - Strategien und Instrumente (Teil 1): <i>Nationale Sicherheitsstrategie,</i> <i>High-Tech-Waffen, Nukleardoktrin</i>	Seite 10
Landesverteidigung wird zur globalen Intervention <i>Die Bundeswehrreform</i>	Seite 17



Vorstellung einer Kampagne

Nie wieder Krieg von deutschem Boden

Das Kampagnenmotto knüpft an die italienische Kampagne "Kein Krieg von unserem Boden" an, die im Vorfeld des Irak- Krieges gegen die Nutzung von US-Basen in Italien geführt wurde. In der BRD hat dieses Motto noch eine zusätzliche historische Bedeutung. Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus 1945 wurde formuliert, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Ein leeres Versprechen, das spätestens mit den Balkaneinsätzen der Bundeswehr in den 90ern gebrochen wurde.

Somit stehen die Haltung der Bundesregierung zu der völkerrrechtswidrigen US-Aggression gegen den Irak und die Bundeswehrreform im offenen Widerspruch zu den "Lehren aus der Geschichte".

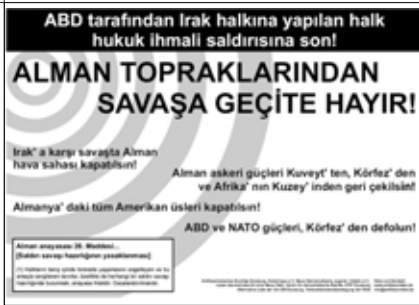
Im Vordergrund der Kampagnenarbeit stand die Forderung an die Bundesregierung, den Luftraum über der BRD für die USA zu schließen und die Nutzung der US-Basen zu verweigern.

Andererseits sollte der völkerrechtswidrige Charakter des Krieges betont werden, da im deutschen Grundgesetz die Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges für verfassungswidrig erklärt und unter Strafe gestellt wird. Die Bundesregierung stand mit ihrer passiven Ablehnung zum Irak-Krieg dennoch im Widerspruch zum Grundgesetz, da sie den USA freie Hand lässt, Truppen von ihren Basen an den Golf zu schicken (► *"Kritik der Friedensbewegung und der Linken"*).

Neben der Forderung des sofortigen Stopps des Irak-Krieges und der Schließung aller US-Basen in der BRD, sollte die Haltung der

Bundesregierung im Krieg gegen Jugoslawien und auch in Afghanistan deutlich thematisiert und in Bezug zu dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA gesetzt werden. Dies schließt eine Diskussion über die Bundeswehrreform mit ein, die in





ihrer strategischen Ausrichtung ganz klar die Vorbereitung von Angriffskriegen beinhaltet, was in den im Mai 2003 vorgestellten Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung deutlich gemacht wurde (►

"Landesverteidigung wird zur globalen Intervention"). Hiernach lasse sich "Verteidigung nicht mehr geographisch eingrenzen", was die Erklärung von Verteidigungsminister Struck, "die Verteidigung Deutschlands müsse auch am Hindukusch erfolgen" zum Programm macht. Gleichzeitig stimmte Deutschland am 22. Mai 2003 im UN-Sicherheitsrat einer von den USA ausgearbeiteten Resolution zu, welche die Besetzung und wirtschaftliche Ausbeutung des Irak akzeptiert. Hiermit wurde im Nachhinein die völkerrechtswidrige Invasion US-geführter Streitkräfte, der Völkermord und das Embargo gegen den Irak mit Hilfe Deutschlands vom UN-Gremium legitimiert.

Wir fordern weiterhin:

- ▶ **Schliessung aller US-Basen und Verweigerung von Überflugrechten der USA!**
- ▶ **Abzug der Bundeswehrtruppen vom Golf, aus Kuwait, vom Horn von Afrika und aus Afghanistan!**
- ▶ **Sofortiger Stopp der völkerrechtswidrigen Besatzung des Iraks!**
- ▶ **Nie wieder Krieg von deutschem Boden!**



"Stoppt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak"

Kritik der Friedensbewegung und der Linken

Unter diesem Motto hatte die Antikriegsinitiative Duisburg ihre Mobilisierungen und Bündnisse gestellt. Seit Beginn des Jahres 2003 hatten wir mit der Parole "Stoppt den Krieg, bevor er beginnt" aktiv gearbeitet. Neben dem sofortigem Ende des Embargos wurden all unsere Mobilisierungen unter die Forderungen nach sofortiger Schließung des deutschen Luftraums, weder logistische noch finanzielle Unterstützung für den Krieg und Abzug der Bundeswehr aus Kuwait, Golfregion und vom Horn von Afrika gestellt.

Es war vorhersehbar, dass die rotgrüne Bundesregierung keinen realen Schritt gegen die Kriegsvorbereitung geschweige denn gegen den Krieg selbst unternehmen würde, da weder die wichtigsten noch die Mehrheit der deutschen Unternehmen ein Interesse am Konflikt mit den USA hatten. Außerdem sollte ein "Nein" zeigen, dass es andere Interessen in der EU gibt, ohne wirklich auf Konfrontation zu gehen.

Auf der oben beschriebenen Basis, welche tatsächlich gegen den Kriegsaufmarsch und gegen den Krieg selber gerichtet waren, war und ist es uns gelungen, auf verschiedenen Ebenen eine kontinuierliche Mobilisierung zustande zu bringen. Wir haben auf diese Forderungen gesetzt, um breite Bündnisse zu schmieden und mit konkreten Forderungen Politik zu machen und nicht auf der abstrakten Ebene von wegen "*Kapitalismus ist Krieg - Krieg ist scheiße*" zu verharren. Obwohl von Beginn an die Teilnahme von rotgrünen Parteigängern und Ideologen ausgeschlossen war, ist es

uns gelungen, durchaus mehr als 1000 Menschen auf die Straße zu bringen. Da sich die Antikriegsstimmung aber nicht nur in Demonstrationen niederschlagen sollte, hatten wir eine Plakatkampagne initiiert, welche auch jetzt noch weiterläuft (► "*Nie wieder*

**STOPPT DEN KRIEG,
BEVOR ER BEGINNT!**

Sperrung des deutschen Luftraums
für den Kriegsaufmarsch gegen den Irak!

Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Kuwait
und der Golfregion und vom Horn von Afrika!

Sofortige Aufhebung des Irak-Embargos!

13.02.03 - Duisburg Demonstration "Wegung statt Bomben!" 17 Uhr, Tankstelle	15.02.03 Europaweitler Aktionstag Demonstrationen in allen Bundesländern und in Österreich
--	--

Tag X - bei einem Angriff auf den Irak
Dienstag 17.02.03
Samstag 15.02.03

www.antikriegsinitiative.de



Krieg von deutschen Boden"). Exemplarisch ist es zumindest in einem Stadtteil gelungen, dass sich die Stimmung gegen den Krieg im Aufhängen von Plakaten in Schaufenstern, Kneipen, Geschäften & Kiosken manifestierte.

Antiamerikanismus

In den Monaten vor und den Wochen während des Krieges wurde oft die Meinung vorgebracht, dass sich diejenigen, die sich gegen den Krieg wenden, Antiamerikaner seien. Diese "These" wurde immer mit der Warnung ausgesprochen, man solle ja nicht vergessen, wer Deutschland vom Faschismus befreit hatte. Die USA seien diejenigen, die die Freiheit und die Zivilisation gegen die Barbarei verteidigen. Nun abgesehen davon, dass das Argument des Antiamerikanismus kein Argument, sondern immer wieder der Versuch war, von den wahren Kriegsgründen abzulenken, ist es gleichermaßen historisch falsch zu behaupten, die USA hätte Deutschland/Europa vom Nationalsozialismus befreit. Den Hauptanteil und die Hauptlast an der Befreiung vom deutschen Faschismus hat die ehemalige UdSSR getragen, mit mehr als 20 Millionen Toten. Die USA ist erst dann in den Krieg eingetreten, als die Rote Armee im Vormarsch war. Europa sollte nicht dem Einflussgebiet der UdSSR überlassen werden. In diesem Sinne hat die USA neben anderen an der Anti-Hitler-Koalition gegen den deutschen Faschismus teilgenommen. Von der Bildzeitung über Berlusconi und verschiedenste europäische Intellektuelle, deutsche Ex-Linke, bis hin zur amerikanischen Regierung wurde argumentiert, der Kampf gegen den Irak, wie der Krieg gegen Afghanistan, sei ein Krieg zur Verteidigung der Zivilisation gegen die Barbarei. Mit Zivilisation ist Westeuropa und die USA gemeint und mit Barbarei die Bevölkerung und Staaten des Nahen und Mittleren Ostens mit ihren islamischen Mehrheiten. Was an dem permanenten Kriegen der USA überall auf der Welt, was Guantanamo mit Rechtsstaatlichkeit bzw. mit Anerkennung von Bürgerrechten und der Verteidigung von Freiheit/Zivilisation zu tun haben soll, müssen all jene beantworten, die von Antiamerikanismus reden. Im Gegensatz dazu muss man entweder US-Amerikaner oder Westeuropäer sein, um dieser zu tiefst rassistischen Propaganda glauben zu schenken. Diejenigen reden von Antiamerikanismus, die in der Regel die Herrschaft des Westens der Welt aufrechterhalten und ausbauen wollen. *(Genauere Auseinandersetzungen zum Thema in der folgenden Broschüre)*

Obwohl wir darauf gesetzt hatten breite Bündnisse von der Linken bis zu bürgerlichen Kräften zu schmieden, gab es keinen Zeitpunkt, wo wir unsere eigenen Inhalte aufgeben haben. Selbst am Tag X, als neben unseren Bündnispartnern aus der Friedensbewegung Gewerkschafter und rotgrüne Promis redeten, hielt



uns dies nicht davon ab, dieselben als rotgrüne Kriegsverbrecher zu bezeichnen. Wenn auch die Bündnisse schwer zu halten waren, so hat doch die Einheit um die richtigen und gemeinsamen Forderungen jeden Opportunismus verhindert, der immer dann in Erscheinung tritt, wenn sich rotgrüne Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der Bewegung gegenüber öffnen und dies zum Aufweichen von inhaltlichen Forderungen führt.



Wenn wir versuchen, die Bewegung, deren Teil wir waren und die wir lokal zu einem großen Teil mit aufgebaut und geführt haben, zu verstehen, dann müssen wir folgendes festhalten: Im Gegensatz zu den Mobilisierungen und Bewegungen gegen die vergangenen Kriege (Jugoslawien 1999, Afghanistan 2001) hat es eine echte internationale Bewegung gegen den Krieg gegeben. Sowohl die Größe, als auch die Tatsache, dass es weit im Vorfeld des angekündigten Krieges sehr große Mobilisierungen gegeben hat, stellt einen deutlichen Fortschritt dar. Und in verschiedenen Ländern des Westens ist es auch gelungen, Bündnisse zwischen der Antikriegsbewegung und arabischen/islamischen Organisationen zu schließen und diese auf die Straße zu tragen. Doch trotz genau dieser Tatsachen ist es nicht gelungen, die jeweiligen Regierungen zu Zugeständnissen zu bewegen, geschweige sie aktiv in den Kampf gegen den Krieg zu zwingen.

Warum dies insbesondere in Europa überall gleichermaßen unmöglich war, liegt sicherlich entscheidend an zwei Punkten, die jenseits aller nationaler Besonderheiten zu verorten sind: Zum einen die inhaltlichen Schwächen der Bewegungen und zum anderen die Unfähigkeit und der Unwille der Linken und fortschrittlichen Kräfte, sich an die Spitze der Bewegungen zu setzen. Sehr schnell hat sich gezeigt, dass sowohl die organisatorische Basis, als auch die inhaltliche Substanz in der Bewegung sehr schwach waren. Im Gegensatz z.B. zur Friedensbewegung in den 80er Jahren, in der es sowohl inhaltliche, als auch organisatorische Zirkel und Strukturen gab, fehlten diese zum Teil in Gänze.

Der Grund für die unglaublich große





Anzahl von DemonstrantInnen bundes- bzw. europaweit lag zum einen in der Tatsache, dass es sich um die Zerstörung des Völkerrechts zugunsten des Faustrechtes im Sinne der USA handelt, und zum anderen, dass

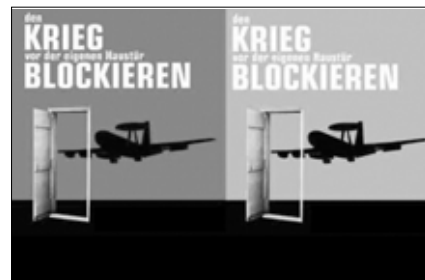
im Gegensatz zu den Vorgängerkriegen medial zumindest unterschiedliche Positionen diskutiert wurden. Sowohl die Angst, dass Krieg "normales" Mittel zur Durchsetzung westlicher Interessen gegenüber der sogenannten "3. Welt" wird, als auch dass kriegerische Auseinandersetzungen in den Westen selbst zurückkehren,

Solidarität mit dem Widerstand?

Während der Antikriegsbewegung hat es viele Diskussionen darüber gegeben, wie wir uns zum Widerstand im Irak positionieren. Die Kriegsbefürworter haben oft von einem quasi faschistischen System im Irak gesprochen, der Mehrheit der weltweiten Antikriegsbewegung aber war klar, dass dies nichts anderes als die Grundlage für die westliche Kriegspropaganda darstellen sollte. Nichts desto trotz sind große Teile der Linken international davor zurück geschreckt, sich mit dem möglichen Widerstand im Irak, der neben den Freiwilligenverbänden im Wesentlichen nur hätte von der irakischen Armee hätte organisiert werden können, zu solidarisieren. Angesichts der historischen Verbrechen des Baath-Regimes ist dies auch verständlich (Iran-Irak-Krieg von 1980 bis 1988 mit über einer Million Toten, etc.). Aber, im Falle der kriegerischen Aggression gegen den Irak bestand nun die Frage, ob der Widerstand legitim und unterstützenswert ist. Der Widerstand gegen den Krieg und die nun etablierte Besatzung ist nicht nur legitim, sondern aus internationalistischer Sicht auch notwendig. Auch die politische Unterstützung der irakischen Armee während des Krieges war richtig, weil hier Widerstand gegen eine imperialistische Armee zur Verteidigung der nationalen Souveränität geleistet wurde. Auch wenn diese Verteidigung letztendlich ausgeblieben ist, so wird sie im Falle Nordkoreas, Iran oder Kubas genau so rechtens bleiben, gleichgültig, wie wir im Einzelfall zu den Ländern und ihren Regierungen stehen mögen. Das Recht auf Selbstverteidigung und Selbstbestimmung bleibt ein elementares Recht, dass von InternationalistInnen und insbesondere den Metropolenlinken auf jeden Fall verteidigt werden muss.

waren die Basis für massenhafte Mobilisierungen.

Weder die Friedensbewegung noch die Linke waren in der Lage die Bewegung zu bündeln und zu entwickeln. Die alten Zentren der Friedensbewegung waren entweder zu opportunistisch oder einfach nicht fähig, den Protest gegen den Krieg und die passive



Unterstützung durch die rotgrüne
Kriegsverbrecherregierung zu lenken.
Insbesondere die Mobilisierung am
15.02.2003 nach Berlin hat gezeigt,
dass die Friedensbewegung mehr ein
Anhängsel von rotgrün war, als ein
eigenständiger politischer Akteur. Dass dies ausgerechnet von der
Linken kritisiert wird, die entweder abstinent am Rande der
Bewegung stand, oder ultimativ auf die Aktiven der
Bewegung eindringt, ist sicherlich einer der Gründe, warum es
weder im Vorfeld noch in der Bewegung selbst gelungen ist, diese
inhaltlich und organisatorisch zumindest in Teilen weiter zu ent-
wickeln. Entweder haben es die verbliebenen Reste der Linken
vorgezogen, sich nicht auf die Friedensbewegung einzulassen,
oder aber sie haben so hohe organisatorische Hürden aufgestellt,
dass sie weder von den Friedensbewegten noch von den neuen
Aktiven erfüllt werden konnten.



Der relativ schnelle Sieg der USA im Irak und die nachträgliche
Legitimierung des Kriegs durch die Bundesregierung, wie auch
durch alle anderen Regierungen, hat das ihrige dazu beigetragen,
die Bewegung gegen das Besatzungsregime einbrechen zu lassen.
Erst wenn sich massiver Widerstand gegen die völkerrechtwidri-
ge Besatzung im Irak selbst entwickeln sollte, wird es möglich
sein, eine breite und internationale Unterstützung dafür zu ent-
wickeln. Bis dahin wird es die Aufgabe aller Internatio-
nalistInnen, AntiimperialistInnen und Linken sein, eine Kam-
pagne gegen die Besatzung zu führen, um für den richtigen Zeit-
punkt vorbereitet zu sein. Darüber hinaus ist es notwendig, sich
mit allen jenen Bewegungen zu solidarisieren, welche weltweit
gegen die militärische Drohung und Präsenz der USA und ihrer
Verbündeten auf ihren Territorien vorgehen.

Thomas Zmrzly



Nationale Sicherheitsstrategie, High-Tech-Waffen, Nukleardoktrin

Die weltweite Vorherrschaft der USA - Strategien und Instrumente (Teil 1)

Ist der "Krieg gegen den Terror" das, was er vorgibt? Suchen die USA arabische Atombomben? Versteckt sich Osama bin Laden im Iran, in Syrien oder im Libanon? Worum geht es wirklich?

"Der Präsident beabsichtigt nicht, es irgendeiner anderen ausländischen Macht zu erlauben, den gewaltigen Vorsprung, der sich den USA seit dem Kalten Krieg eröffnet hat, aufzuholen."

Dieser Satz stand im ursprünglichen Entwurf der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) der USA, besser bekannt als Bush-Doktrin. Er wurde unmittelbar vor der Veröffentlichung der NSS im September 2002 wieder herausgenommen - aus taktischen Gründen. Die Entfernung dieses Satzes ändert nichts am Wesen der NSS: Es handelt sich um ein Strategiepapier, welches das Selbstverständnis und den Machtanspruch des US-Imperiums schonungslos offenlegt, um *"die mit Abstand aggressivste Strategie für eine dauerhafte Wahrung der US-Hegemonie"*.¹

"Dominanz auf allen Gebieten"

Die NSS - von ihren Anhängern als *Grand Strategy* gepriesen - folgt einem obersten Prinzip: Dem Erhalt und dem Ausbau der weltweiten US-Vorherrschaft. Einzig und allein der übermächtige Militärapparat der USA sei in der Lage, die permanenten globalen Konflikte zu "lösen". Als Vorwand für die NSS wird fadenscheinig der "Krieg gegen den Terror" angeführt. Die konkrete Weichenstellung für die neue Strategie erfolgte allerdings vor dem



11. September 2001. Paul Wolfowitz, heute Vize-Militärminister, hatte bereits im Frühjahr 2000 unmissverständlich geäußert, dass eine Grand Strategy zur Absicherung der dauerhaften Vormachtstellung der USA nötig sei.² Folgerichtig heißt es in der NSS: "Wir sind wachsam gegenüber einer erneuten Großmachtkonkurrenz."³ Allerdings richtet sich die Bush-Doktrin nicht nur gegen größere Mächte wie z.B. Russland. Insgesamt zielt die NSS in vier Richtungen:



- Kontrolle der zentralasiatischen Staaten vom Kaukasus bis zum Hindukusch, aufgrund deren Rohstoffreserven und Bedeutung für den Transfer (Pipelines)
- Konzentration des Interesses auf die bedeutende Regionalmacht Iran, die sich bisher dem direkten Einfluss der USA entzieht
- mittel- bis langfristige Konzentration des Interesses auf Indien und China, wo neue Machtzentren entstehen
- Verhinderung der islamistischen Machtergreifung in Saudi-Arabien

Der Marburger Hochschul-Dozent Rainer Rilling stellt treffend fest: *"Das übergreifende Ziel der NSS ist nicht der Kampf gegen terroristische Gruppen oder Staaten, sondern Erhalt und Ausbau der Ungleichheit zwischen Amerika und dem Rest der Welt und die Vollendung der weltweiten Durchsetzung des amerikanisch dominierten Modells."*⁴

Bush schlimmer als Clinton?

Nicht wenige vertreten die Auffassung, dass die Bush-Doktrin einen gewissen Bruch in der neueren Geschichte der USA darstellt. Es wird behauptet, Clinton hätte im Gegensatz zu Bush einen deutlich moderateren Kurs vertreten. Diese Auffassung ist schlichtweg falsch. Im Strategiepapier Joint Vision 2020, das von



NIGHTS IST SCHWEMMER UND

NIGHTS ERFORDERT

MEHR CH AKKUR

ALS SICH IM OFFENEN

GEGENSATZ

ZU SELBER ZEIT

АКСТОЧКОЛ
ТУГНОДСКЛ

НИЕН!
НЕГОС 07 10В7
ЛАУТ 70 САГЕН

000 НЕОМ/НЕР 07
000 БЕЧ/НОДЕН 000



der Clinton-Regierung verabschiedet wurde, wird eine sogenannte *Full Spectrum Dominance* zum Hauptziel erklärt: *"Aufgrund der globalen Natur unserer Interessen und Verpflichtungen, müssen die USA ihre militärische Präsenz in*

*Übersee sowie die Fähigkeit, schnell weltweit Macht ausüben zu können, erhalten, um eine Dominanz auf allen Gebieten zu erlangen."*⁵

Hier wird ersichtlich, dass die Grundausrichtung der NSS auf einen weitest gehenden Konsens innerhalb der herrschenden

Literaturtipp

- Göbel, Rüdiger (Hrsg.): *Bomben auf Bagdad*, Kai Homilius Verlag, Berlin, 2003
- Rilling, Rainer: "American Empire" als Wille und Vorstellung, RLS Standpunkte, 9/02

Klasse der USA basiert. Wesentliche Bestandteile der NSS wurden bereits in der Clinton-Ära zur offiziellen Doktrin erhoben, z.B. die Deklaration von China und Russland als mögliche Ziele eines nuklearen Erstschlags.⁶

Massenproduktion von High-Tech-Waffen

Darüber hinaus stand Clinton genauso für den prinzipiellen Ausbau des militärtechnologischen Vorsprungs der USA, wie es heute Bush tut. Zu diesem militärtechnologischen Vorsprung merkt der ehemalige NVA-General Hans-Werner Dehm in der jungen Welt an: *"Die USA entwickeln auf der Grundlage der neuesten Errungenschaften der Informatik, der Kommunikations-, Computer- sowie kosmischen Aufklärungstechnik neueste konventionelle Waffen. Mit ihnen können sie, wie der Jugoslawien-Krieg zeigt, die Infrastruktur eines auf sich gestellten Landes zerstören, ohne mit den gegnerischen Großwaffensystemen, sofern sie noch Veteranen längst verflossener Jahrzehnte sind, in Duellsituationen zu treten und selbst nennenswerte Verluste*



erleiden zu müssen (...) Kein Land vermag Pilotenemplare neuer intelligenter Munitionsarten in einer derartigen Massenproduktion und mit einer derartigen Integration der neuen Waffen- und Munitionsarten in die gemeinsam arbeitenden Systeme und Netze der Aufklärung, Information, Navigation, Leitung, Führung und Sicherstellung der Teile und Gattungen der Streitkräfte herzustellen, wie die USA.¹⁷



Nuklearer Wahn

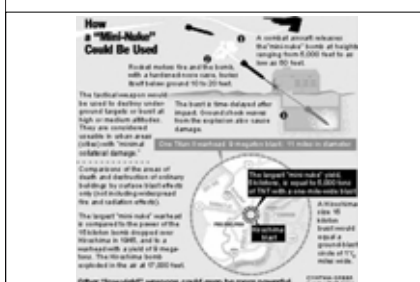
Parallel zur NSS verabschiedete die Bush-Regierung eine neue Nukleardoktrin, die Nuclear Posture Review (NPR). Die zwei zentralen Elemente der NPR lauten:

- nukleare Schläge gegen Staaten ohne Atomwaffen werden nicht länger ausgeschlossen
- durch die Verbindung mit dem geplanten Raketenabwehrsystem und der Aufkündigung der Rüstungskontrolle soll die nukleare Erstschlagsfähigkeit gegenüber den Atommächten China und Russland vergrößert werden

Als eigentlicher Verfasser der NPR gilt Keith Payne, Leiter des "National Institute for Public Policy"¹⁸. Um zu verstehen, welchen Denkmustern die NPR folgt, ist folgende - nie zurückgenommene - Äußerung von Keith Payne aus dem Jahre 1980 unerlässlich:

"Wenn die atomare Macht der USA dazu dienen soll, den außenpolitischen Zielen der USA zu dienen, dann müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, rational Atomkrieg zu führen."¹⁹

Mit der NPR wurde die strikte, langjährige Trennung zwischen konventionellen und nuklearen Waffensystemen in der US-Militärplanung offiziell aufgehoben. Künftig können konventionelle und nukleare Kriegsführung ineinander greifen.¹⁰





Als Fazit bleibt festzuhalten, dass sowohl die Kriege gegen Afghanistan und Irak als auch die nächsten zu erwartenden Feldzüge nichts mit dem 11. September 2001 zu tun haben.

Der erklärte permanente Krieg der USA ist die direkte Folge des Endes des Ost-West-Konflikts. Der Golfkrieg 1991 und der Jugoslawien-Krieg 1999 waren nur ein Vorgeschmack: Da kein geopolitisches Gegengewicht mehr besteht, hat das Imperium das angebrochene Jahrhundert für das seine erklärt.

Kein Imperium währt ewig.

¹ Wagner, Jürgen: Die Operationalisierung der US-Vorherrschaft, Berlin, 2003

² Wolfowitz, Paul: Remembering the Future, in: The National Interest, No. 59

³ NSS, The White House, 17.09.02

⁴ Rilling, Rainer: American Empire, RLS Standpunkte, 9/02

⁵ Joint Vision 2020, The White House, 1996/2000

⁶ Wagner, Jürgen: a.a.O.

⁷ Dehm, Hans-Werner: Die Militärstrategie der USA, junge Welt, 27.09./28.09./01.10.2001

⁸ Wagner, Jürgen: a.a.O.

⁹ Payne, Keith/Gray, Colin S.: Victory is possible, in: Foreign Policy, Nr. 39 (1980)

¹⁰ Wagner, Jürgen: a.a.O.

Teil 2: Rüstungswirtschaft und militärisch-industrieller Komplex in der nächsten Broschüre.



Die Bundeswehrreform

Landesverteidigung wird zur globalen Intervention

Mit dem Antritt der rot/grünen Kriegsverbrecherregierung um Schröder und Fischer und ihrer vollzogenen "Enttabuisierung" des Militärischen in der deutschen Außenpolitik, ist für die herrschende Klasse in der BRD, die Nachkriegsära und die Zurückhaltung in der Arena der imperialistischen Großmächte beendet. Mit den am 21.05.03 von Wehrminister Struck erlassenen "Verteidigungspolitischen Richtlinien" wird für die Bundeswehr die Aggressivste strategische Ausrichtung seit dem 2. Weltkrieg festgeschrieben.

War die rotgrüne Kriegscoalition 1998 noch mit dem Grundsatz angetreten, das "deutsche Außenpolitik Friedenspolitik ist", so hat Rot/Grün mit dem verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Republik Jugoslawien 1999, mit ihrer "uneingeschränkten Solidarität" für die USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington und ihrer indirekten Unterstützung des Angriffskrieg der USA gegen die Republik Irak, mit den von Wehrminister Struck am 21.05.03 veröffentlichten "Verteidigungspolitischen Richtlinien" klargemacht, wohin die Reise in Zukunft gehen soll: In den imperialistischen Krieg zur "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen", wie es in den Richtlinien von 1992 schon ganz offen zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Sozialdemokratie als Steigbügelhalter des deutschen Militarismus



Die aktuellen Entwicklungen zum Umbau der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee, mit dem Angriff auf Jugoslawien 1998 und der Beteiligung an dem US- Krieg gegen den "Terror", stellt den Ab-



schluß der Bemühungen des deutschen Imperialismus dar aus dem Schatten der Vergangenheit zu treten. Für die Kriegspolitik und ihre Durchsetzung spielte die reaktionäre Sozialdemokratie für den deutschen Im-

perialismus schon in der Vergangenheit eine Schlüsselrolle, um den Widerstand der Menschen an der "Heimatfront" zu binden. Diese Politik gipfelte in der Zustimmung für die Kriegskredite im damaligen Reichstag und eine Politik des "Burgfriedens", mit dem deutschen Militarismus 1914, der den 1. Weltkrieg aus deutscher Sicht erst möglich machte. Heute wie damals war für die reaktionäre deutsche Sozialdemokratie die Stellung zum Krieg eine Taktische: *"Die Kriegsfrage ist kein prinzipielles, sondern ein taktisches Problem. Es gilt für das Proletariat der einzelnen Länder abzuwägen, ob der Krieg Vorteile bringen könne oder nicht und danach ist ihr Verhalten einzurichten"* (Otto Bauer 1913).

Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die Rote Armee und ihrer Verbündeten 1945 waren die deutschen "Großmachträume" erst einmal aus. Infolge des Kalten Krieges ließ sich die herrschende Klasse in der BRD, mit maßgeblicher Unterstützung durch die USA, in die Strategie des "Roll Back" gegen die sozialistischen Staaten um die UdSSR einbinden. Ziel dieser Strategie war es über diese Einbindung in der NATO weiter über eine "ausreichende" militärische Macht verfügen zu können, die es ermöglichte einen relativ hohen Rang im politischen und militärischen System des Kalten Krieges (NATO, EU) einzunehmen. Für die herrschende Klasse der BRD war dies die Voraussetzung dafür nach der Zerschlagung des deutschen Imperialismus verlorenes Terrain wieder gut zu machen. Gegen den Widerstand der breiten Massen in Deutschland, die auf Grund der Erfahrungen des 2. Weltkrieges gegen eine Remilitarisierung Deutschlands auf die Straße gingen, wurde diese mit Hilfe der reaktionären SPD/DGB-Führung durchgesetzt.

Während in den 80er Jahren die Jäger '90/Oliv-Grünen noch sehr friedensbewegt die Auflösung der NATO



und der Bundeswehr forderten, begann unter der damaligen Regierung Helmut Kohl die "geistig - moralische Wende", die sich zum Ziel setzte, die durch die faschistische Vergangenheit Deutschlands "auferlegten Beschränkungen" zu beseiti-



Karl Liebknecht 1871 - 1919



“Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, dass der Zweck, für den sie die Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.”

(Aus der Begründung Liebknechts für die Ablehnung der Kriegskredite, Berlin, den 2. Dezember 1914)

Bereits 1914 stimmte die deutsche Sozialdemokratie einem imperialistischen Krieg zu. Am 4. August 1914 stimmte die SPD - Fraktion im Reichstag geschlossen für die Kriegskredite zur Landesverteidigung, die den 1. Weltkrieg zur Folge hatten. Lediglich parteiintern wagten 14 Abgeordnete gegen die Kredite zu stimmen, unter ihnen Karl Liebknecht. Im Zuge der allgemeinen nationalistischen Stimmung verpflichteten sich auch die Sozialdemokraten dem Burgfrieden, der jede Kritik an anderen Parteien und der Reichsregierung für die Zeit des Krieges untersagte. Bei der Abstimmung für weitere Kriegskredite brach Karl Liebknecht als einziger Abgeordneter die Parteidisziplin und den Burgfrieden, in dem er den Krieg als einen für die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes geführten bezeichnete, der sich gegen die Interessen der internationalen Arbeiterklasse richte. 1916 wurde Liebknecht aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen. Unter seiner und Rosa Luxemburgs Führung gründete sich 1916 die Gruppe Internationale, die sich später in Spartakusbund umbenannte. Der aus der radikalen Linken der Vorkriegszeit entstandene Spartakusbund wandte sich konsequent gegen den deutschen Militarismus. Karl Liebknecht wurde am 1. Mai 1916 auf einer Demonstration festgenommen und zu vier Jahren Haft verurteilt. Kurz nach seiner Haftentlassung aufgrund einer allgemeinen Amnestie 1918 übernahm er die Leitung der Zeitung "Rote Fahne". Am 15.1.1919, zwei Wochen nach der Mitbegründung der KPD, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von rechten Freikorps ermordet.

gen. Im Vordergrund der "geistigen Wende" stand vor allem ein offensiver Geschichtsrevisionismus, der die Einmaligkeit der Verbrechen des deutschen Faschismus leugnete (Totalitarismustheorie, Historikerstreit, "Gnade der späten Geburt" ...) und so versuchte die Vergangenheit zu entsorgen, um damit die innen- wie





außenpolitischen Voraussetzungen zu schaffen der BRD einen ihr "angemessenen" Platz in den Reihen der imperialistischen Staaten zu verschaffen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der realsozialistischen

Staaten 1989 tritt die Restauration des deutschen Imperialismus und Militarismus in seine abschließende Phase. Der Beginn des 2. Golfkrieges 1991 markierte eine neue Dimension im "Nord- Süd- Konflikt". Mit der Verkündung der "Neuen Weltordnung" begann ein Krieg, der die gesamte Welt unter das Diktat der imperialistischen Staaten zwingen sollte. Doch während der Golfkrieg noch getarnt im Mantel der UNO und des Völkerrechtes daherkam, entpuppte sich der Angriffskrieg gegen Jugoslawien als die völlige Demontage der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Spätestens ab diesem Zeitpunkt gibt es für den Kriegsverbrecher Fischer keine "*grüne Friedenspolitik*" mehr, sondern nur noch "*deutsche Kriegspolitik*". Gerade für die geschichtliche Zäsur des Grundsatzes: "*Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen*" spielten die reaktionäre Sozialdemokratie und die auf ihrer Schleimspur folgenden Kriegsgrünen eine entscheidende Rolle, um der deutschen Öffentlichkeit den Angriffskrieg gegen das kleine Serbien als "humanitäre Intervention" zu verkaufen. Für die rotgrünen Kriegsverbrecher gibt es keine "*Verantwortungsbegrenzung*" mehr für die BRD. War die Geschichte zweier deutscher Angriffskriege mit seinen Millionen Toten das größte Hindernis auf dem Wege zur deutschen Großmacht, benutzt Rot/Grün nun die deutsche Geschichte, die Militarisierung der deutschen Außenpolitik nach innen und nach außen ideologisch zu legitimieren. Statt Verdrängung und Leugnung der nationalsozialistischen Vergangenheit und Kontinuität wird diese nun zur kollektiven Sinnstiftung: Nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz erfahren militärische Einsätze ihre Legitimation.



Die US-Imperialistische Weltordnung und die "Bundeswehrreform"



Im Zuge der Diskussion über die strategische "Neuausrichtung" der Nato 1989, beginnen auf der Hardthöhe die Vorbereitungen, die Bundeswehr für ihre "neue" Rolle anzupassen. Im November 1992 wurde der deutschen Öffentlichkeit in den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" dargelegt, was in Zukunft zu den Aufgaben der deutschen Kriegsmaschinerie gehören soll: Die *"Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt [...]"*.

Während die Bundeswehrreform in der Öffentlichkeit vor allem im Hinblick auf die Schließung einiger Standorte und die Verkleinerung der Armee diskutiert wird, bleibt der eigentliche Kern der Strategie meist im dunkeln. Im Kern geht es darum den Begriff der "Landesverteidigung" neu zu definieren und um die damit verbundene Umstrukturierung der Bundeswehr, die eine massive Aufrüstung und technologische Umrüstung im Umfang von 100 Mrd. Euro vorsieht. Beschränkte sich die Verteidigung bis 1989 noch auf die Landesgrenzen und die "Verteidigung" des Bündnisgebietes der Nato, wird für Wehrminister Struck zukünftig die BRD und die *"freie Welt"* sogar am Hindukush *"verteidigt"*. Deutlich wird dabei, dass es hier gar nicht mehr um die Verteidigung des Landes gehen soll, sondern vielmehr die Interessen der deutschen Konzerne nötigenfalls mit Waffengewalt zu "verteidigen" und zwar weltweit. Vor diesem Hintergrund erscheint die "Friedensposition" der Bundesregierung mit ihrem auf internationalem Parkett geäußerten verbalen *Nein* zum Irak- Krieg als äußerst grotesk. Die Diskussion um die "Legitimität" dieses Krieges, wird nun vor allem in der BRD dazu

genutzt, die weitere Aufrüstung der europäischen Nationen voranzutreiben und der demokratischen Öffentlichkeit dies als Stärkung des europäischen "Friedenspeilers" innerhalb der Nato zu verkaufen. Hierbei handelt es sich aber nicht um einen "Bruch"



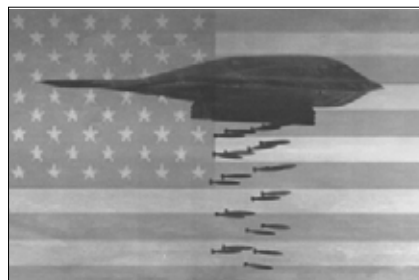


innerhalb der US- imperialistischen Weltordnung, sondern vielmehr darum, die Position der dominierenden europäischen Staaten (Frankreich und Deutschland) darin zu stärken, um bei der "Neuordnung" der Welt im Zuge des "Kampfes gegen den internationalen Terrorismus" ein entsprechend großes Stück vom Kuchen abzubekommen. Die "Führungsrolle" der USA wird damit in keiner Weise in Frage gestellt, sondern vielmehr zemen-

Solidarität mit dem Widerstand?

Während der Antikriegsbewegung hat es viele Diskussionen darüber gegeben, wie wir uns zum Widerstand im Irak positionieren. Die Kriegsbefürworter haben oft von einem quasi faschistischen System im Irak gesprochen, der Mehrheit der weltweiten Antikriegsbewegung aber war klar, dass dies nichts anderes als die Grundlage für die westliche Kriegspropaganda darstellen sollte. Nichts desto trotz sind große Teile der Linken international davor zurück geschreckt, sich mit dem möglichen Widerstand im Irak, der neben den Freiwilligenverbänden im Wesentlichen nur hätte von der irakischen Armee hätte organisiert werden können, zu solidarisieren. Angesichts der historischen Verbrechen des Baath-Regimes ist dies auch verständlich (Iran-Irak-Krieg von 1980 bis 1988 mit über einer Million Toten, etc.). Aber, im Falle der kriegerischen Aggression gegen den Irak bestand nun die Frage, ob der Widerstand legitim und unterstützenswert ist. Der Widerstand gegen den Krieg und die nun etablierte Besatzung ist nicht nur legitim, sondern aus internationalistischer Sicht auch notwendig. Auch die politische Unterstützung der irakischen Armee während des Krieges war richtig, weil hier Widerstand gegen eine imperialistische Armee zur Verteidigung der nationalen Souveränität geleistet wurde. Auch wenn diese Verteidigung letztendlich ausgeblieben ist, so wird sie im Falle Nordkoreas, Iran oder Kubas genau so rechtens bleiben, gleichgültig, wie wir im Einzelfall zu den Ländern und ihren Regierungen stehen mögen. Das Recht auf Selbstverteidigung und Selbstbestimmung bleibt ein elementares Recht, dass von InternationalistInnen und insbesondere den Metropolenlinken auf jeden Fall verteidigt werden muss.

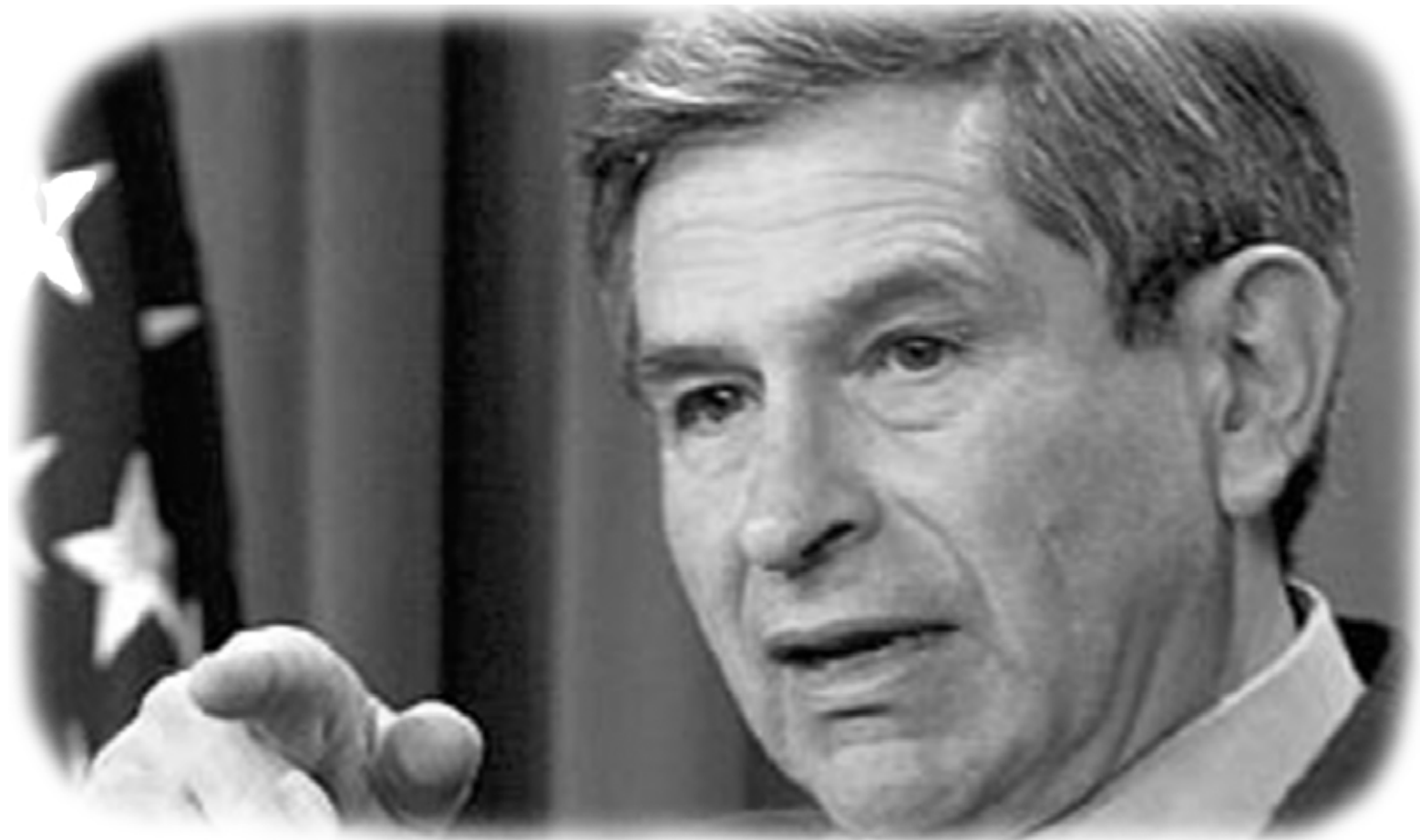
tiert. Die USA bleiben der Garant mit ihrer militärischen Überlegenheit, für die Profite der imperialistischen Industrienationen, die zunehmend gegen den Widerstand der nationalen und sozialen Bewegungen weltweit militärisch abgesichert werden müssen. Die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" von Wehrminister Struck vom 21.05.03 vermitteln der Öffentlichkeit außer



einiger Formulierungskorrekturen im wesentlichen nichts neues und zementieren den völkerrechtswidrigen und verfassungswidrigen Umbau der Bundeswehr zur weltweit einsetzbaren Angriffskriegsarmee.

Aufgabe der Linken innerhalb der Friedensbewegung, muss es deshalb sein, deutlich zu machen, dass die Unterwerfung der Welt unter das Diktat der Industrienationen und weltweiter permanenter Krieg zwei Seiten der selben Medaille sind und in diesem Kontext die "Bundeswehrreform" zu begreifen ist. Der Kampf gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist damit Teil des internationalen Friedenskampfes gegen Imperialismus, Krieg und die Unterwerfung aller Lebensbereiche auf internationaler Ebene unter das Diktat der Profitmaximierung.





Wolfowitz: Massenvernichtungswaffen nicht wichtigster Kriegsgrund

(AFP) Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz hat eingeräumt, dass die Frage irakischer Massenvernichtungswaffen in erster Linie aus politischen Gründen für einen Krieg in Irak genutzt wurde. Die Massenvernichtungswaffen Bagdads seien niemals der wichtigste Kriegsgrund für die USA gewesen, sagte Wolfowitz der Juli-Ausgabe des britischen Magazins "Vanity Fair" vom Freitag kommender Woche. "Aus bürokratischen Gründen" habe sich die US-Regierung auf dieses Thema konzentriert, weil es "der eine Grund war, dem jeder zustimmen konnte", sagte Wolfowitz dem Magazin.

(Agenturmeldung vom 30.50.2003)